

## Verband der Freien Berufe und NAV kritisieren Lauschangriff auf Ärzte

Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) und der NAV-Virchow-Bund haben eindringlich vor der geplanten Ausweitung staatlicher Überwachungsmaßnahmen gewarnt. Der Bundesgesetzgeber will die Telekommunikationsüberwachung neu regeln. Der aktuell dazu vorliegende Referentenentwurf gefährde das geschützte Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und sei ein "Lauschangriff durch die Hintertür", monierten die Verbände.

Nach dem jetzigen Entwurf dürften künftig auch vertrauliche Telefongespräche, die Arzt und Patient führen, sechs Monate lang gespeichert und von Polizei und Staatsanwaltschaft ausgewertet werden. Damit will der Gesetzgeber bei Straftaten besser ermitteln können. Auch das geschützte Vertrauensverhältnis des Bürgers zwischen Anwälten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Journalisten soll künftig genau überprüft werden. Dem BFB zufolge jedoch völlig grundlos: Schließlich sei keiner der Freien Berufe bislang in überdurchschnittlichem Umfang in Straftaten verwickelt gewesen. "Auch besondere Größen und Prozentzahlen in Unterstützern von Terrororganisationen sind nicht bekannt geworden", argumentiert der Verband.

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, Prof. Christoph Fuchs, sieht dadurch das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient zerstört: "Jeder Patient muss seinem Arzt rückhaltlos offenbaren können, was seine Beschwerden sind. Der Patient muss darauf vertrauen können, dass das, was er dem Arzt mitteilt, geheim bleibt."

Ausnahmen soll es nur bei Kontakt zu Abgeordneten, Geistlichen und Strafverteidigern geben – warum gerade diese Berufsgruppen unangetastet bleiben, sei allerdings ungeklärt. "Die Bundesregierung ist (...) Nachweis und Argumente schuldig geblieben, warum eine Differenzierung und warum ein solcher Einbruch in angestammte Bürgerrechte (...) gerechtfertigt sein sollen", kritisierte der BFB.



Auch der NAV-Virchow-Bund kritisierte die geplanten staatlichen Überwachungsmaßnahmen: "Diese staatlichen Vorhaben sind nicht nur ein Frontalangriff auf die über 2000 Jahre alte ärztliche Schweigepflicht durch den Hippokratischen Eid, sondern auch eine eklatante Ungleichbehandlung verschiedener Berufsgruppen", erklärte der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Klaus Bittmann heute in Berlin. "Wieso soll das Verhältnis zwischen Wähler und Abgeordnetem schützenswerter sein, als das zwischen dem Patienten und seinem Arzt? Diese Eingriffe schaffen elementare Rechte, wie die Unverletzlichkeit eines Vertrauensverhältnisses zu Mitgliedern Freier Berufe, ab", warnte er.

Dieser "Lauschangriff durch die Hintertür" lasse zudem schon erahnen, welche Gefahren die elektronische Gesundheitskarte berge: "Wenn der Staat bei der Telefonüberwachung kleinerer Delikte schon heute solch umfassende Zugriffsmöglichkeiten schafft, wie sollen wir Vertrauen haben, dass er künftig die Daten unserer Patienten schützt", unterstrich Bittmann.